

Neuerungen 2012 im Renten- und Sozialbereich



Foto: © Gerd Altmann / pixelio.de

Einstieg in die Rente mit 67

Mit dem 1. Januar beginnt der stufenweise Einstieg in die Rente mit 67. Betroffen sind alle, die 1947 geboren wurden und somit im Laufe des neuen Jahres 65 werden. Sie müssen einen Monat länger arbeiten, um eine abschlagsfreie Rente zu bekommen. Ausnahmen gibt es nur für Schwerbehinderte und für Arbeitnehmer/-innen mit mindestens 45 Beitragsjah-

ren. Diese „Reform“ ist noch der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung zu „verdanken“!

Hartz IV-Regelsatz steigt leicht an

Der Hartz-IV-Regelsatz für Alleinstehende steigt in 2012 um zehn auf 374 Euro. Die Erhöhung orientiert sich angeblich an der Entwicklung von Löhnen und Preisen. In Paar-Haushalten steigt der Hartz-IV-Satz um jeweils neun auf 337 Euro. Für Kleinkinder bis fünf Jahre gibt es ein Plus von vier auf 219 Euro, für ältere Kinder bleiben die Regelsätze unverändert. Nach zuverlässigen Berechnungen aus den Wohlfahrtsverbänden müsste ein verfassungsmäßiger Hartz-IV-Regelsatz mehr als 400 Euro betragen. DIE LINKE fordert 500 Euro als armutsfeste Grundsicherung für Arbeitslose!

Hartz-IV-Antrag - Elektronische Hilfe im Netz

Die Bundesanstalt für Arbeit hat eine elektronische Ausfüllhilfe zur Beantragung von Leistungen der Grundsicherung (SGB II) für Arbeitslose ins Netz gestellt. Die Anleitung erläutert Schritt für Schritt, welche Informationen benötigt werden, gibt Tipps zum Ausfüllen des Antrags und gibt Hinweise auf Merkblätter. Die Ausfüllhilfe gibt es auch in englischer, türkischer und russischer Sprache.

Ausfüllhilfe im Internet:

http://www.arbeitsagentur.de/nn_26642/zentraler-Content/A07-Geldleistung/A071-Arbeitslosigkeit/Allgemein/Elektronische-Ausfuellanleitung-Antrag-Alg2.html

Manfred Klases, Sozialausschuss

2012 ist das Jahr der Senioren



Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012



Das Jahr 2012 wurde zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ erklärt. Ziel ist es, Altersdiskriminierung und den demographischen Wandel für alle Generationen zu thematisieren. Entscheidungsträger und Interessensgruppen sollen dabei sensibilisiert und das aktive Altern gefördert werden.

Das Seniorenbüro des Regionalverbandes geht schon seit Jahren mit gutem Beispiel voran, indem es den älteren Menschen ein vielfältiges Angebot zur Gesundheitsförderung, zur Geselligkeit und zum ehrenamtlichen Engagement bereithält. Dies beweist auch wieder das abwechslungsreiche Programm, das für das 1. Halbjahr aufgelegt wurde.

Angeboten werden zahlreiche Kurse für Entspannung und Bewegung von Seniorengymnastik und Malen für die Seele bis Rücken-Fit und Pilates. Diese Kurse sind alle gebührenfrei und finden an

verschiedenen Orten dezentral im Regionalverband statt. Zwei gratis Filmvorführungen jeweils um 15 Uhr im Saarbrücker Langwiedstift entführen die ältere Generation am 09.02. in die landschaftlichen Schönheiten von Andalusien und Mallorca und am 08.03. auf die Griechische Inselwelt von Korfu und Kos. Höhepunkte des Programms sind immer wieder die vergnüglichen Tanzabende insbesondere mit den vier Damen der „HerbstGoldenen“ (22.06., 15.30 Uhr, Breite 63). Doch davor beginnt am Rosenmontag erst einmal das „Tanzvergnügen für Junggebliebene ab 50“ in der Breite 63 in Saarbrücken-Malstatt.

Kontakt: Seniorenbüro Regionalverband Saarbrücken Stengelstraße 10-12 66117 Saarbrücken Tel. 06 81 - 506 - 53 57 / 43 20 Mail: Vera.Hewener@rvsbr.de

Dagmar Trenz

Impressum

V.i.S.d.P.

Jürgen Trenz, Kettelerstraße 2, 66299 Friedrichsthal

Redaktion:

Manfred Klases,
Dagmar Trenz

DIE LINKE.

Fraktion im Regionalverband Saarbrücken
Angela Rösel
(Geschäftsführerin)
Saarbrücker Schloss
66119 Saarbrücken

Tel. 06 81 - 506-89 00
Fax 06 81 - 506-89 99

Mail:
info@dielinke-regionalverband.de

Internet:
www.dielinke-regionalverband.de

FRAKTIONSINFO Nr. 7, Februar 2012

Haushalt 2012 - Fraktion stellt sechs Anträge Verbesserungen für Arbeitslose, Behinderte und Schüler



Gespräch mit Schulleitung, Eltern- und Schülervertreter/-innen in der Rastbachtalschule

Zum Haushalt 2012 des Regionalverbandes gibt es zunächst eine erfreuliche Meldung. Die Belastung der Kommunen durch die Umlage sinkt um 11,7 Millionen Euro. Möglich wird dies durch eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen des Landes. Diese Entlastung der Städte und Gemeinden ändert aber nichts am Grundproblem der Finanzierung.

DIE LINKE fordert schon lange eine stärkere Beteiligung von Bund und Land, weil u. a. die Kosten steigender Fallzahlen im Sozial- und Jugendhilfebereich kaum noch zu schultern sind. Völlig unsinnig ist die Einbehaltung von 16 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Diese sogenannte Kulturumlage wäre besser zur weiteren Senkung der Kosten für Städte und Gemeinden genutzt worden.

DIE LINKE im Regionalverband hat folgende sechs Anträge eingebracht:

- Zuschuss von 1.500 Euro für die „Koordination Saarländischer Arbeitsloseninitiativen e.V.“ Damit soll die Restfinanzierung gesichert werden.
- Anschaffung einer mobilen Treppe-Rampe für Rollstuhlfahrer/-innen im Saarbrücker Schloss.
- Bereitstellung von 100.000 Euro für die Sanierung der desolaten Toilettenanlage der Gesamtschule Rastbachtal in Saarbrücken-Burbach
- eine zusätzliche Stelle für die Schuldnerberatung im Regionalverband Saarbrücken, um die viel zu langen Wartezeiten für die Erstberatung deutlich zu verkürzen

- die Einrichtung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements mit zusätzlicher Einstellung eines dafür zuständigen Managers zur Senkung des Krankenstandes und der Steigerung der Produktivität

- einen Armutsbericht für den Regionalverband zur kleinräumlichen Erfassung der sozialen Situation

Unsere Vorschläge helfen einerseits die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im Regionalverband zu verbessern und andererseits führen diese Investitionen in der Regel wirtschaftlich zu Kosteneinsparungen.

Jürgen Trenz, Fraktionsvorsitzender

Rechtsextremismus

DIE LINKE setzt sich für eine offene, solidarische und sozial gerechte Gesellschaft ein, in der Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Abwertungen und Diskriminierungen gegenüber Menschen anderer Herkunft, Religion oder sozialen Status tritt DIE LINKE entgegen. Sie leistet ihren Beitrag zu einer gesellschaftlichen Atmosphäre, die ermutigt, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt das Wort zu erheben. Auf diese Themen wird die Fraktion einen ihrer Schwerpunkte in 2012 legen. Vorgesehen sind eine Ausstellung zu Neofaschismus und begleitende Vorträge.



Die Fraktion zu Gast beim Neujahrsempfang in Völklingen

Konzept für Rechtsschutzsaal in Bildstock gefordert

In Bildstock steht ein Denkmal der Bergarbeiter- und Gewerkschaftsbewegung: der Rechtsschutzsaal. 1890 hörte man dort die Forderungen der Arbeitnehmer: „Acht Stunden sind genug, zwölf und sechzehn sind Betrug.“

Den Erhalt und die verbesserte Nutzung dieses ältesten Gewerkschaftsgebäudes in Deutschland fordert DIE LINKE. Fraktion im Regionalverband. Der Rechtsschutzsaal muss als sozialgeschichtliche Gedenk- und Informationsstätte einen höheren Stellenwert erhalten. Nach Ansicht der Fraktion sollte verstärkt Schulklassen ein größeres Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt werden. Gefordert sind dabei hauptsächlich Land, Regionalverband und der DGB mit seinen Ein-



Rechtsschutzsaal, Foto: © Elmar Ersch

zelgewerkschaften. Es könnten viele zusätzliche Veranstaltungen, Workshops und Tagungen im Rechtsschutzsaal stattfinden. DIE LINKE fordert: „Vorstand und Beirat der Stiftung müssen dafür sorgen, das ein Nutzungskonzept erarbeitet wird, auf dessen Grundlage die Existenz des Rechtsschutzsaales gewährleistet wird.“ 1990 hat der damalige Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, für den Erhalt und den Ausbau des Gebäudes gesorgt.

Der Bildstocker Rechtsschutzsaal liegt am Ende des Warken-Eckstein-(Gründer der Rechtsschutzbewegung) Weges. Er ist im Sinne des saarländischen Denkmalschutzgesetzes ein Kulturdenkmal.

Jürgen Trenz

Kinderarmut Burbach braucht ein Kinderhaus

Die Armut muss dort bekämpft werden, wo sie am höchsten ist. So lautete das eindringliche Fazit einer Fachtagung, die im November 2011 vom Jugendamt gemeinsam mit der Arbeit-

erwohlfahrt veranstaltet wurde. Denn Kinderarmut ist im Saarland ungleich verteilt. So ist mit fast 24 Prozent der Regionalverband überproportional betroffen. Konkret heißt das: fast jedes 4. Kind wächst hier unter Ar-

beitsbedingungen auf. Heruntergebrochen auf die Kommunen und Stadtteile ergeben sich noch dramatischere Zahlen. Im Saarbrücker Stadtteil Burbach lebt jedes 3. Kind im Hartz-IV-Bezug, in Eschringen jedoch nur jedes 20. Der Anteil an Einzelfallhilfen, die vom Jugendamt gewährt werden, ist in Burbach 7-fach höher als in Riegelsberg. Dort wo die Armut besonders hoch ist – in Burbach, Malstatt und Alt-Saarbrücken – werden auch die meisten Kinder geboren. Ge-

meinsam mit den Ergebnissen, den von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Studien, „Sozialstudie Saar“ von 2010 und „Vertiefungsstudie zur Armut von Kindern und Jugendlichen im Saarland“ von 2011, sollen jetzt auch Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Für dieses Jahr ist die Erstellung eines Aktionsplans gegen Armut vorgesehen.

DIE LINKE fordert den Aufbau einer lückenlosen Präventionskette für Kinder und Jugendliche und deutlich stärkere Investitionen von früh an, d.h. mehr Krippenplätze und ein höherer Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen, der den Anforderungen vor Ort auch gerecht wird. Die Qualität der Nachmittagsbetreuung muss verbessert werden. Außerdem soll eine offene, niedrigschwellige Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern eingerichtet werden – kurz ein „Kinderhaus“ dort, wo es am bittersten nötig ist.

Dagmar Trenz, Jugendpolitische Sprecherin



Eurodistrict soll Erlebnisbergwerk Velsen unterstützen!

DIE LINKE im Regionalverband unterstützt den Erhalt der Industriekultur im Land. Eines der beeindruckendsten und wichtigsten Zeugnisse im Saarbrücker Großraum ist das Bergbaugelände in Velsen mit seinem Erlebnisbergwerk. Dort kann auch kommenden Generationen der Kohleabbau und die Arbeit

der Bergleute in den Gruben vermittelt werden. Aus diesem Grund ist die Fraktion dem Verein Erlebnisbergwerk Velsen beigetreten. Mittlerweile besteht eine Zusammenarbeit zwischen dem Erlebnisbergwerk und dem Nationalen Grubenmuseum in Petite-Rosselle. Für DIE LINKE war dies Anlass, die Zusam-

menarbeit der beiden Grubenmuseen im grenzüberschreitenden Eurodistrict SaarMoselle zu thematisieren. Konkret soll es darum gehen, die Unterstützung der Zusammenarbeit in das Arbeitsprogramm des Eurodistricts aufzunehmen.

Insbesondere bei der Beantragung von EU-Fördermitteln wird

kompetente Hilfe benötigt. DIE LINKE geht nach der Diskussion davon aus, dass die Zusammenarbeit der Grubenmuseen in Velsen und Petite-Rosselle in das Arbeitsprogramm 2012 aufgenommen wird.

Manfred Klasen, Eurodistrict SaarMoselle



Dem Beispiel Saarbrücken folgen Behindertenbeirat einrichten

Viel Zustimmung für einen Behindertenbeirat im Regionalverband Saarbrücken! Dies war das Ergebnis der Diskussion zu der die Fraktion ins Saarbrücker Schloss eingeladen hatte. Hintergrund der Forderung ist die mangelnde behindertengerechte Einrichtung vieler Ämter und Schulen.

Gleiches gilt für das Internetangebot und das Schlossgebäude selbst. Allen voran hatte sich Manfred Leinenbach von der Arbeitskammer für einen Behindertenbeirat im Regionalverband ausgesprochen. Das Beispiel der Landeshauptstadt zeige deutlich, dass sich das Zusammenwirken von Behindertenvertretern, Kommunalpolitik und Verwaltung positiv auf die Politik für Behinderten auswirken könne. Manfred Leinenbach war Initiator und Vorsitzender des ersten Behindertenbeirats in Saarbrücken.

Kompetente Lobby

Petra Otto, stellvertretende Vorsitzende des Saarbrücker Beirats, betonte dass in jedem Fall selbst Betroffene als auch Angehörige von Selbsthilfegruppen vertreten sein sollten. Dunja Fuhrmann, Behindertenbeauftragte der Landeshauptstadt, sagte ihre Unterstützung für einen Behindertenbeirat zu. Zusätzlich forderte sie mehr Unterstützung durch Politik und Verwaltung für die Arbeit der kommunalen Be-



Diskussion für den Behindertenbeirat. Moderation Jürgen Trenz

hindertenbeauftragten ein. „Sehr offen“ zeigten sich auch Martina Stapelfeld-Fogel, Abteilungsleiterin im Sozialamt des Regionalverbandes und der Behindertenbeauftragte des Regionalverbandes Rudolf Leidisch. Notwendig seien jedoch Treffen mit den örtlichen Beauftragten der Gemeinden, um Aufklärung und Sensibilisierungsarbeit zu leisten.

Manfred Klasen, als Vertreter der Fraktion, sprach sich vehement für den Behindertenbeirat im Regionalverband aus. Als Gründungsmitglied des Saarbrücker Beirats habe er sehr positive Erfahrungen gemacht. Im Zusammenspiel von Behindertenbeauftragten, Fachabteilung im Sozialamt und einem unabhängigen Beirat entstehe eine kompetente Lobby, die sich optimal für die Belange vom Menschen mit Behinderung einsetzen könne.

Jetzt wird es darum gehen, auch die anderen politischen Kräfte im Regionalverband von der Notwendigkeit des Beirats zu überzeugen.

Manfred Klasen, Sozialausschuss

Neujahrsempfang mit viel Humor

170 Besucher folgten der Einladung der Fraktion zum diesjährigen Neujahrsempfang, der unter dem Motto „Politik, Märchen und Musik“ stand. Fraktionsvorsitzender Jürgen Trenz führte humorvoll und selbstironisch in den Abend ein. Anschließend unterhielt die Gruppe Troubadour die Gäste aus Politik, Verwaltung und der Bürgerschaft im voll besetzten VHS-Saal mit anspruchsvollen politischen Texten. Die Burbacher Fastnachtsikone, Fritz Vogel, brachte in gereimten Versen die politische Lage des Landes „mit Gretel und Heiko, die in den dü-



teren Wald gingen“ auf den Punkt. Es war ein gelungener Empfang in entspannter Atmosphäre, in der Lachen Trumpf war.

Dagmar Trenz

Pflege zunehmend vom Geldbeutel abhängig

Wie schon befürchtet, macht die Berliner Koalition mit ihrer Reform die Pflege mehr und mehr vom Einkommen abhängig. Die Versicherungen machen Gewinne und die Menschen bleiben dabei auf der Strecke. Der ergänzende Pflege-Riester wird arme und kranke Menschen ausschließen und Frauen benachteiligen, denn für diese Gruppen gilt: Je älter und kränker, womöglich auch noch weiblich, je höher der monatliche Versicherungsbeitrag. Davon betroffen sind neben den Rentner/-innen geringfügig Beschäftigte und nicht rentenversicherungspflichtige Studenten. Die Leistungsverbesserungen der umlagefinanzierten sozialen Pflegeversicherung sind völlig unzureichend, im Gegenteil, die Einführung von Wahlleistungen und Zeitkontingenten werden den Wettbewerb der Pflegeanbieter zu Lasten der Pflegbedürftigen und der Beschäftigten verschärfen.

1,1 Milliarden Mehreinnahmen durch die Beitragserhöhung würde bedeuten, dass pro Pflegebedürftigem ca. 40 Euro monatlich zur Verfügung stünden. Damit sollen alle Verbesserungen, auch für Menschen mit Demenz und die pflegenden Angehörigen unterstützt werden.

Bis heute ist auch noch nicht klar, wie die Betreuungsleistungen vor allem bei dementiellen Erkrankungen adäquat ermittelt werden sollen.

Kathrin Senger-Schäfer, MdB / bearbeitet von Hannelore Vatter, Pflegeausschuss

Minderjährige Flüchtlinge – das Land ist gefragt!

DIE LINKE fordert verstärkte Maßnahmen zur Integration minderjähriger Flüchtlinge im Saarland. Der Regionalverband nimmt bisher 95 Prozent der alleinreisenden Jugendlichen auf, ohne personell und ausreichend finanziell entlastet zu werden. Problematisch ist auch die Beschulung der älteren Jugendlichen, die man nicht einfach in eine Regelschule „stecken“ könne. Von der Landesregierung werden ein spezielles Konzept abgestimmt auf die Bedürfnisse der jungen Flüchtlinge gefordert, um ihnen Chancen und Lebensperspektiven zu eröffnen.

Dagmar Trenz